

## **Entschließung 126<sup>1</sup>**

betr.

### **die Entwicklung der interparlamentarischen Zusammenarbeit auf dem Balkan**

Die Versammlung,

- i. in Anerkennung der wichtigen Rolle, die von den regionalen Versammlungen, wie der Interparlamentarischen Versammlung der CEI (Zentraleuropäische Initiative), dem SEECP (Südosteuropa-Kooperationsprozess) und der IAO (Interparlamentarische Versammlung über Orthodoxie) bei der Beschleunigung des Prozesses der Demokratisierung auf dem Balkan übernommen wurden;
- ii. sich der Verflechtung der regionalen Interessen bewusst, die in einem Forum geprüft werden muss, in dem Informationen zusammenfließen und gemeinsame Lösungen erarbeitet werden können parallel zu Entwicklungen bei der regionalen Zusammenarbeit zwischen den Regierungen;
- iii. in Anerkennung der Bedeutung der interparlamentarischen Zusammenarbeit, die für eine Annäherung und für eine regionale Integration der neuen Demokratien in Südosteuropa förderlich ist;
- iv. in der Hoffnung, dass die Erweiterung der Europäischen Union die Interessen der Parlamente der neuen Mitgliedstaaten an den regionalen Programmen, an denen sie bereits teilnehmen und welche abgeschlossen werden sollten, nicht schwächen wird,

### **FORDERT DIE NATIONALEN IN DER WEU VERSAMMLUNG / IN DER INTERPARLAMENTARISCHEN EUROPÄISCHEN SICHERHEITS- UND VERTEIDIGUNGSVERSAMMLUNG VERTRETENEN PARLAMENTE AUF:**

1. weiterhin die regionalen parlamentarischen Kooperationsnetze durch eine besonnene Beteiligung ihre Mitglieder zu unterstützen;
2. sich um Faktoren der regionalen Identität zu bemühen, die der im Rahmen der gemeinsamen Institutionen Europas geleisteten Arbeit einen zusätzlichen Wert verleihen können;
3. sich an den Initiativen für die Entwicklung eines substanziellen Austausches zwischen den Parlamentariern zu beteiligen, die an den gleichen Themen interessiert sind und die Aktivitäten der „Parlamentarischen Diplomatie“, die im Rahmen gemeinsamer Projekte entwickelt wird, zu unterstützen;
4. den Prozess der stufenweise Integration innerhalb der interparlamentarischen Institutionen zu unterstützen und gleichzeitig ein Engagement auf Seiten aller an diesem Prozess beteiligten Parlamentarier durch legislative und politische Aktivitäten

---

<sup>1</sup> Von der Versammlung am 14. Juni 2005 (3. Sitzung) verabschiedet.

zu fördern, und die Grundwerte und Prinzipien der Demokratie, der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit in die Praxis umzusetzen und uneingeschränkt zu beachten.